

Roland Winkler  
10.03.19  
Brünlasberg  
08280 Aue

Linkes Ufer  
- *Idee vom bedingungslosen Grundeinkommen*

Liebe FreundeInnen,  
Sabine Zimmermann, MdB der Partei DIE LINKE war in unsrem Leserkreis in Zwickau am Samstag zu Gast. Eine sehr anregende Diskussion entfaltete sich in der festzustellen war, wie viele gemeinsame und überhaupt nicht konfliktreiche Standpunkte uns einen. Ob Vertreter von Rotfuchs, DKP, Leserkreis Junge Welt, VVN bis zu Aufstehen und Linke waren sich zu den Themen soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie grundsätzlich sehr einig.

Ein aktuelles Thema in der Diskussion bildete das sogenannte BGE, wozu es in der Linkspartei unterschiedliche Ansichten gibt. Mit Sabine Zimmermann gab es vielfach Übereinstimmung.

Die Idee von einem Grundeinkommen, bedingungslos, mehr oder weniger sozial gedacht, ist alles andere als neu und weit vor Götz Werner gedacht worden, der den Gedanken vor Jahren wieder aufnahm. Im 18. Jahrhundert brachte der Engländer Thomas Spence den Gedanken an ein BGE auf. Jedem Menschen sollte ein monatliches Grundgehalt ohne Gegenleistung vom Staat garantiert sein. Diskussion entfacht die Bedingungslosigkeit eines Grundeinkommens. Deutlich erkennbar auch heute, wie aus illusionärer Auffassung und Suche nach allseitiger Gerechtigkeit, das Thema zerredet und falsche Hoffnungen genährt werden. Daraus ergeben sich unterschiedliche Vorstellungen eines GBE, die unabhängig oder abhängig vom Einkommen der Person sind. Von Finnland bis Kenia gibt es Versuche der praktischen Umsetzung.

Die spannende Frage „auf welcher Höhe sich die Löhne nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens bewegen sollen und ob zu deren Vereinbarung überhaupt noch Interessenvertretungen der Beschäftigten benötigt werden...“ wird sehr unklar beantwortet.

Unter „Die Wirtschaft befreit die Menschen von der Arbeit“ erklärte Götz Werner, Chef der Drogeriemarktkette DM in der Stuttgarter Zeitung vom 2. Juli 05 die Idee eines BGE. Er verwandte bereits den Begriff „Bürgergeld“ und stellte sich die Machbarkeit über nur noch eine Steuer vor.

Die größten Verfechter eines BGE finden sich hierzulande in der Partei DIE LNKE und verbunden mit dem Namen der Parteivorsitzenden Katja Kipping. Bereits seit vielen Jahren gibt es konträre Diskussionen zu dem Thema.

Weitgehend zu vermissen ist dabei, was vor allem für noch wirklich linkes Verständnis in Praxis wie Theorie gilt, die Interessenfrage zu beleuchten, vor allem das historische Aufkommen des Themas bis zu den ökonomischen Voraussetzungen und Bedingungen, die eine auf Lohnarbeit, Ausbeutung, Konkurrenz und Markt, Kapital und Privateigentum gegründete Gesellschaft für ein BGE in solcher Vorstellung real möglich macht.

Insofern darf alles Bemühen darum aus der Sicht der Notwendigkeit der Abschaffungen kapitalistischer Lohnarbeit gesehen werden und nicht zufällig sind Ideen vom BGE mit der kapitalistischen Gesellschaft aufgekommen, die Arbeitslosigkeit als soziales Massenproblem hervorbrachte.

Wenn linke Linke oder sich gar marxistisch nennende Linke die Ansatzpunkte nicht mehr in den Grundlagen dieser Gesellschaft, im kapitalistischen Ausbeutungssystem finden wollen, dann liegt der Gedanke nahe, dass nach

Problemlösungen gesucht wird, die dieses kapitalistische System und seine menschenverachtenden objektiven Auswüchse bestenfalls mildern, erträglicher und verbessern wollen. Damit sollte sich gleich die Frage stellen, was mit dieser Vorstellung einer Versöhnung und solidarischem Miteinander von Kapital und Arbeit allein in den zurückliegenden drei Jahrzehnten nennenswert in allein sozialer Bilanz real erreicht wurde.

Wer wollte bestreiten, Vertreter des Kapitals, ein Götz Werner oder manche andere, folgten mit ihren Vorstellungen von einem BGE nicht der Erkenntnis eines wachsenden sozialen Konfliktes, der heute bei weitem nicht kleiner, geringer als zu Zeiten des Manchester-Kapitalismus ist, andere Sichtbarkeiten aufweist bzw. weltweit sogar größere Ausbeutungsbrutalität hervorbringt. Schröders Agenda 2010, die Kapital – Segnungs-Ideen des Peter Hartz, sind das nicht sehr ähnliche Reaktionen auf soziale Konfliktfelder? Können wir glauben, die Kapitaleite, die Herrschenden samt ihrer politischen Eliten könnten selbst von einer mitregierenden Linken dazu bewegt oder gezwungen werden einem BGE im Interesse der Millionen Betroffenen den Weg zu bahnen? Offenbar besteht genau diese Illusion, eine Illusion, die an sich längst ihre Beweise der Untauglichkeit dort hat, wo Linke Regierungsarbeit machen und ihnen die „Sachzwänge“ des Kapitalismus im Wege stehen oder schon gar nicht mehr störend empfunden werden.

Alle Gerechtigkeitsversprechen oder Absichtserklärung sozialer Erneuerung einer an Bedeutung verlierenden SPD machen nicht den Eindruck mehr als willensloser Versuch zum Machterhalt zu sein.

Ein BGE als wirklich linkes Projekt, als notwendige soziale Absicherung aller Menschen und Familien, für ein würdevolles und menschengerechtes Dasein, das kann und muss die Dinge und Grundlagen beim Namen nennen. Alle bisherige Diskussion auch der LINKEN lässt den Verdacht unberührt, nährt Sozialneiddiskussion innerhalb der ausgebeuteten Klassen, erweckt den Eindruck und verfestigt eher die Lesart, wonach Arbeitslosigkeit vor allem dem Willen des einzelnen geschuldet ist, Millionen Arbeitsunwillige sozusagen von der Gesellschaft notgedrungen ausgehalten werden müssen. Natürlich sehen das Linke nicht so und wehren sich dagegen. Nur, wie und was kommt dort an, wo wir Solidarität und Miteinander, ja, auch Klassenstandpunkt dringend brauchen? Die herrschenden Klassen hatten in kritischen Zeiten immer auch Interesse an der Erhaltung sozialen Friedens, waren zu notwendigen Zugeständnissen bereit. Nicht alles und jedes bescheidene Ergebnis, jeder „erkämpfte“ Brosamen ist es wert auf unsere Fahne zu schreiben.

Haben sie nicht längst die „Rechte“ in der Hinterhand, die da ist so sie gebraucht wird?

Ein BGE, ein Bürgergeld oder wie es auch begrifflich aufgehübscht werden mag, wie es auch die Herrschenden in ihrem Interesse mittragen, es kann und wird die Spielregeln kapitalistischer Marktwirtschaft, der Ausbeutung von Arbeitskraft, des Arbeitsmarktes samt Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Diffamierung und aller seiner Folgen nicht außer Kraft setzen können.

Wer braucht ein besseres Hartz-IV mit Namen BGE oder Bürgergeld? Es kann nur jenen dienen, die uns bis heute weismachen, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung u.a. sei nur persönliche Schuld. Sie wären am Ende von jedem Vorwurf der Verursachung sozialen Elends selbst frei und wir hätten ihnen den Freibrief geschrieben.

Der LINKEN wäre dringend anzuraten über Lohnarbeit und Kapital wieder einmal grundsätzlich nachzudenken. Es existiert noch ganz real, brutalst wie in Marxens Werken. Es besteht wie die modernsten Autos heute, mit allen denk- und undenkbaaren Raffinessen, aber nach wie vor mit vier Rädern und Grundaufbau.

Zu alledem scheint in der LINKEN ganz in Vergessenheit geraten zu sein, was Arbeit, menschliche Arbeit, Arbeit für und in der Gesellschaft für den Menschen ist, den Menschen gemacht hat, wie es Engels in seiner berühmten Schrift hinterlassen hat. Wer sich das vermag bewusst zu machen, der wird zu BGE, Bürgergeld oder Hartz und Co einen ganz anderen Blickwinkel bekommen müssen und Lösungen dieser Art grundsätzlich anders anstreben zu erkämpfen suchen. Gesellschaftliche Arbeit, auf die gesellschaftlich lebende Spezies Mensch nach deren Fähigkeiten und Voraussetzungen zu verteilen, jeden teilhaben zu lassen an seiner Gesellschaft ihren Werten, das kann bei keiner Diskussion um BGE, Bürgergeld verschwiegen werden, muss wesentlicher Gegenstand und Element sein, wo das Verständnis sich links nennt. Selbst wenn ein BGE, Bürgergeld überlegenswert sein sollte, dann nie im Verständnis Bevölkerungsteile aus gesellschaftlicher Teilnahme und Pflicht zu entlassen, ihnen das Gefühl zu nehmen gebraucht zu sein. Das wird diese Gesellschaft nicht leisten können, Linke dürfen es nicht leugnen. BGE oder Bürgergeld, was Menschen anhaftenden Verdacht der Arbeitsunwilligkeit, Schmarotzertums nicht nimmt ist kein linkes Projekt, nicht einmal sozial. In der Endkonsequenz öffnet es dem Kapital und Unternehmertum einen Arbeitsmarkt ganz nach ihren Wünschen, Willen und Bedingungen billigster, willigster, wahrhaft bedingungsloser Lohnjobberei, Tagelöhneri, Formen längst geglaubt vergangener Ausbeutung. Von der Entsolidarisierung der Ausgebeuteten gar nicht zu reden.

Roland Winkler